



Handlungsbedarf: Für das Schömberger Wellenbad muss schnell eine Lösung gefunden werden. Das war das Thema beim Besuch des Ministerialrats Peter Schäfer (rechts) und des Staatssekretärs Richard Drautz bei Bürgermeisterin Bettina Mettler mit Landtagsabgeordneter Beate Fauser (von links).

Foto: Prokoph

Bedrohliche Woge am Horizont wegen Zuschuss für Wellenbad

Rückforderungsbescheid: Schömberg soll rund 600 000 Euro an Zuschüssen für das Wellenbad zurückzahlen (v. Ilona Prokoph)

SCHÖMBERG. Wie ein Damoklesschwert schwebt über Schömberg der Rückforderungsbescheid vom Regierungspräsidium Karlsruhe. Er beträgt rund 600.000 Euro für die Zuschüsse für das Höhenwellenbad im Jahr 2001 Weil das Bad bereit seit Dezember 2006 geschlossen ist, flatterte schon im Juli 2007 der Bescheid über die Rückforderung in die Schömberger Amtsstuben. Das erklärte Bürgermeisterin Bettina Mettler gestern im Gespräch mit Staatssekretär Richard Drautz vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg. Gegen den Rückforderungsbescheid hat die Kommune Widerspruch eingelegt, bislang allerdings ohne Begründung.

Auf Vermittlung der FDP-Landtagsabgeordneten Beate Fauser weilten Drautz und der leitende Ministerialrat der Abteilung Infrastruktur und Leiter des Referats Städtebauliche Förderung, Peter Schäfer, im Rathaus. „Wir haben im Moment eine absolute Patt-Situation bei dem Bad“, erklärte Mettler. So habe auch die jüngste Bürgerversammlung (PZ hat berichtet) kein greifbares Ergebnis gebracht.

„Der Gemeinderat muss sich entscheiden“, verdeutlichte Staatssekretär Richard Drautz. Denn die Zinsen für die Rückforderung liefen auf, machte Schäfer auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam.

In dem Rückforderungsbescheid werden von dem ursprünglich bezahlten Zuschuss in Höhe von 493 397 Euro noch 429 898,44 Euro zuzüglich Zinsen in Höhe von mittlerweile knapp 200 000 Euro verlangt. Die Forderung wurde entsprechend um die Jahre gekürzt, die das Wellenbad seit Zuschusserteilung geöffnet war.

Das Land habe zwei Fördertöpfe: Zum einen Mittel für die Städtebauförderung und zum anderen die Tourismusförderung. Letztere sei auf 25 Jahre zweckgebunden, führte Peter Schäfer aus. Entfalle der Förderzweck – wie durch die Schließung des Bades – trete der Rückforderungsfall mit Verzinsung ein. „Sie müssen jetzt als Bürgermeisterin ausbaden, was vorher falsch gemacht wurde“.

Es läge nun in der Verantwortung von Mettler, hier bald eine Lösung zu finden, so Schäfer und Drautz. „Ich bin gerne bereit, mit ihren Fraktionsvorsitzenden das Thema nochmals zu bereden, wenn klar ist, wie es weitergeht“, bot Drautz an. Zwei Millionen Euro – 1,6 Millionen für das Bad und 400 000 Euro für den jährlichen Unterhalt – würde die Wiedereröffnung jetzt kosten, rechnete Mettler vor. „Das muss man abwägen“, meinte Beate Fauser. Es gebe Möglichkeiten, die Rückforderung durch Teilleistungen erträglich zu machen. Trotzdem sei jetzt eine Entscheidung für oder gegen das Wellenbad allein von der steigenden Zinslast her unabdingbar, so Drautz und Schäfer. „Es ist wichtig, sich im Tourismus bei der Werbung gemeinsam zu positionieren“, regte Drautz zudem an, Kooperationen mit anderen Gemeinden anzustreben.